

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0347/2023
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	24.08.2023	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Projekt "Aufsuchende Hilfen Innenstadt"

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

(./.)

Risikobewertung:

(./.)

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:					15.000
investiv:					5.000
planmäßig:					
außerplanmäßig:					

Weitere notwendige Erläuterungen:

Im Haushalt waren für das Projekt bisher 100.000 Euro veranschlagt. Durch die Weiterführung und Finanzierung des Projektes durch den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Landschaftsverband des Großteils der Kosten in Höhe von ca. 80.000 Euro (zu je 50 %), verbleibt bei der Stadt Bergisch Gladbach die Finanzierung der Sachkosten in Höhe von insgesamt 20.000 Euro.

Inhalt der Mitteilung:

Das Projekt „Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt“ besteht nach entsprechender Beschlussfassung seit 2019 und richtet sich an in Bergisch Gladbach aufhältige Menschen mit verschiedenen Problemlagen, unter anderem an Obdachlose. Kooperationspartner sind aktuell die Stadt Bergisch Gladbach und das Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg (als Kooperationsgemeinschaft des Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region). Grundlage ist eine vertragliche Vereinbarung, in der die Akteure die Zielsetzung, die Finanzierung und die Eckpunkte der Zusammenarbeit festgehalten haben und aus der sich u.a. ergibt, dass jährlich ein Tätigkeitsbericht erstellt wird. Das Netzwerk Wohnungsnot hat den Jahresbericht 2022 übersandt, dieser wird dem Ausschuss mit dieser Vorlage zur Kenntnis gegeben.

Hiermit wird darüber informiert, dass das Projekt nach positiver Beschlussfassung im Sozialausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises und im Kreistag zum 01.09.2023 vom Rheinisch-Bergischen Kreis in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland übernommen und fortgeführt wird. Die Neuausrichtung des Projektes ist erforderlich, weil die vertragliche Vereinbarung zum 31.08.2023 ausläuft und der Rheinisch-Bergische Kreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe diese Hilfen (nach §§ 67-69 SGB XII) nicht mehr an die Stadt Bergisch Gladbach delegiert hat. Eine Weiterführung des Projektes, jedoch mit stärkerem Fokus auf eine präventive Ausrichtung, wird von allen Beteiligten ausdrücklich befürwortet. Gerade die Arbeit der Streetworkerinnen ist wertvoll und sie haben einen niedrighschwelligen Zugang zu den Betroffenen. Die Finanzierung erfolgt zukünftig durch den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Landschaftsverband Rheinland und das Leistungsangebot richtet sich an Betroffene aus dem gesamten Kreisgebiet, die sich zum überwiegenden Teil aufgrund der bekannten Szene tagsüber in Bergisch Gladbach aufhalten. Die Präventionsarbeit kann somit effektiv und niederschwellig für die Betroffenen ortsnahe erfolgen und entfaltet eine positive Wirkung für das soziale Sicherungssystem im Kreisgebiet. Der Großteil der Kosten des Projektes in Höhe von rund 80.000 Euro tragen der Rheinisch-Bergische Kreis und der Landschaftsverband zu je 50 %.

Die Rolle der Stadt Bergisch Gladbach verändert sich: Die Abwicklung läuft perspektivisch federführend über die Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen Kreises, allerdings ist es auch aus ordnungspolitischen Aspekten aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach sinnvoll, die beiden Standorte (den „Erstplatz“ an der Dr.-Robert-Koch Straße und den „Zweitplatz“ an der Schnabelsmühle) zu erhalten. Die Anlaufpunkte in zentraler Lage sind für den betroffenen Personenkreis sinnvoll und wichtig, insbesondere der Zweitplatz ist stark frequentiert. Die Ordnungsbehörde verfügt damit weiterhin über zwei Plätze, an die sie Menschen aus dem Stadtgebiet als ordnungsbehördliche Maßnahme verweisen kann.

Die Stadt Bergisch Gladbach übernimmt daher ab dem 01.09.2023 die Finanzierung der Sachkosten für die beiden Plätze in Höhe von rund 20.000 Euro, kümmert sich um deren Bewirtschaftung und bleibt im Austausch mit den Streetworkerinnen über die Entwicklungen vor Ort.